

Evangelische Volkspartei des Kantons Zürich

Peter Reinhard, Geschäftsführer

Josefstrasse 32, 8005 Zürich

Tel. +41 (0)44 271 43 02

Fax + 41 (0)44 271 43 03

Mobile + 41 (0)79 402 38 82

Skype: peterreinhard.ch

sekretariat@evpzh.ch

www.evpzh.ch

An die
Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich
Hr. Regierungsrat Dr. Thomas Heiniger
Stampfenbachstrasse 30
Postfach
8090 Zürich
generalsekretariat@gd.zh.ch

Zürich, 15. September 2014/ms/pr

**Vernehmlassung
zum Gesetz über die Kantonsspital Winterthur AG (Neuerlass)**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Die EVP des Kantons Zürich nimmt zum Vernehmlassungsentwurf des Gesetzes über die Kantonsspital Winterthur AG wie folgt Stellung:

I. Allgemeines

Da im Kanton Zürich in den vergangenen Jahren alle Spitäler – mit Ausnahme von USZ und KSW - verselbständigt wurden, ist es nur folgerichtig und konsequent, dass dem KSW die gleichen Handlungs- und Entscheidungsspielräume eingeräumt werden, wie sie auch die übrigen Spitäler haben. Mit der neuen Gesetzesvorlage sollen diese Handlungsspielräume sowohl auf strategischer, wie auch auf operativer Ebene ermöglicht werden. In diesem Sinne begrüsst die EVP den Gesetzesentwurf als einen Schritt, der dem KSW eine sinnvolle und weiterhin erfolgreiche Organisationsentwicklung ermöglicht.

II. Stellungnahme zu den Eckwerten

1. Gründung einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft

Die Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Anstalt in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft ist für die EVP problematisch. Wir haben Verständnis für die Bedürfnisse von Spitalrat und Spitalleitung, rascher Entscheidungen zu treffen, Kooperationen einzugehen und auf Veränderungen im Gesundheitswesen zu reagieren. Im Besonderen sehen wir die dringende Notwendigkeit, das KSW-Gesetz vom USZ-Gesetz abzukoppeln. Die beiden Unternehmen unterscheiden sich zu stark in Auftrag und Leistung voneinander. Die EVP hat jedoch grosse Bedenken zum vorgeschlagenen Weg mit der Gründung einer Aktiengesellschaft, bei welcher der Regierungsrat in eigener Kompetenz die Mehrheitsbeteiligung veräussern kann.

Als Rechtsform für das KSW sehen wir die Überführung in eine selbständige Anstalt des kantonalen öffentlichen Rechts als bessere Alternative. Mit dieser Rechtsform behaupten sich bereits heute Unternehmen des Kantons als erfolgreiche Mitbewerber in einem umkämpften Markt, so z.B. EKZ, GVZ oder ZKB.

2. Auftrag der Kantonsspital Winterthur AG

Das KSW ist für die medizinische Versorgung der Region Winterthur äusserst wichtig. Die Möglichkeit zur regionalen und überregionalen Zusammenarbeit ist sinnvoll und soll künftig rascher und unbürokratischer möglich sein. (Art. 2)

3. Kanton Zürich als Eigentümer und Mehrheitsaktionär

Durch die geplante Umwandlung des KSW in eine Aktiengesellschaft verliert der Kantonsrat fast sämtliche Möglichkeiten zur Einflussnahme. Aus Sicht der EVP ist dies allerhöchstens vertretbar unter folgenden Bedingungen:

- Die Eigentümerstrategie ist vom Kantonsrat zu verabschieden.
- Zukünftige Änderungen der Eigentümerstrategie sind vom Kantonsrat zu verabschieden.
- Die Beteiligungsquote des Kantons darf – ohne Zustimmung des Kantonsrates – den Anteil von 51 % nicht unterschreiten.

4. Wahl des Verwaltungsrates

Dem Verwaltungsrat wird eine sehr wichtige Rolle in der neuen AG zufallen. Er fällt die strategischen Entscheidungen und überwacht das operative Geschehen im Unternehmen. Als Mehrheitsaktionär beabsichtigt der Regierungsrat, die Mitglieder des Verwaltungsrats in eigener Kompetenz jeweils für ein Jahr zu wählen. Wir sehen darin die Gefahr, dass ein solcher Verwaltungsrat in zu hohem Masse vom Regierungsrat abhängig wird. Um die Eigenständigkeit des Verwaltungsrates zu stärken, schlagen wir vor, dass die Wahl des Verwaltungsrates, sowie die Wahl des Verwaltungsratspräsidenten durch den Kantonsrat zu erfolgen hat, solange der Kanton Zürich Mehrheitsaktionär ist. Sollte dies einmal nicht mehr der Fall sein, erfolgen die Wahlen – wie in den Statuten vorgesehen – durch die Generalversammlung.

5. Personal

Wenn Unternehmen im Gesundheitswesen auch künftig erfolgreiche Arbeitgeber sein wollen, müssen sie *attraktive* Arbeitgeber sein. Mit der Entlassung aus dem kantonalen Personalrecht eröffnen sich dazu dem KSW die gleichen Möglichkeiten, über welche die Mitbewerber bereits verfügen. Die Übergangsbestimmungen, welche vorsehen, dass die wichtigsten Anstellungsbedingungen für die nächsten zwei Jahre ab Gründung der AG beizubehalten sind, oder nur zu Gunsten des Personals geändert werden dürfen, begrüssen wir ausdrücklich.

Die Möglichkeit, seinen Mitarbeitenden bessere Anstellungsbedingungen als der Kanton zu ermöglichen, wäre für das KSW auch bei der Rechtsform als selbständige Anstalt kantonalen öffentlichen Rechts möglich, wie dies EKZ, ZKB oder GVZ zeigen.

6. Übriges

Bei den übrigen Punkten der Gesetzesvorlage können wir uns den Überlegungen und Ausführungen der Regierung anschliessen und verzichten auf weitere Bemerkungen.

III. Fazit

- Die EVP begrüsst die angestrebte Gesetzesrevision. Sie verschafft vor dem KSW mehr Handlungs- und Gestaltungsspielraum und schränkt die Position des Unternehmens gegenüber den Mitbewerbern weniger ein.
- Als Rechtsform bevorzugen wir Umwandlung in eine eigenständige kantonale Anstalt.
- Mit Skepsis betrachten wir die konsequente Dezimierung aller Einflussmöglichkeiten durch den Kantonsrat. So lange der Kanton Zürich Mehrheitsaktionär des KSW ist, muss der Kantonsrat zumindest bei der Verabschiedung der Eigentümerstrategie und den Wahlen von Verwaltungsrat und Verwaltungsratspräsident einbezogen sein.


Wir danken, sehr geehrte Herr Regierungsrat, für die Möglichkeit zur Stellungnahme und freuen uns über die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

Evangelische Volkspartei (EVP) des Kantons Zürich

Der Präsident

Der Geschäftsführer



Johannes Zollinger
Kantonsrat

Peter Reinhard
Kantonsrat